

# **Deputation für Gesundheit**

**(staatlich)**

## **Sitzungsprotokoll der 2. Sitzung**

**18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015**

Sitzungstag <b>20.09.2011</b>	Sitzungsbeginn <b>16:08 Uhr</b>	Sitzungsende <b>17:21 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12</b>
----------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

### **Teilnehmer/innen:**

siehe anliegende Anwesenheitsliste

### **Tagesordnung:**

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.08.2011
- TOP 3 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheits- L-8-18  
dienstgesetzes und der Bremischen Hafenordnung  
sowie  
Entwurf einer Bekanntmachung über die nach der Verord-  
nung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen zu-  
ständige Behörde
- TOP 4 Richtlinie über die staatliche Anerkennung von Einrichtun- L-10-18  
gen gemäß §§ 35 Abs. 1 Satz 2, 36 Abs. 1 Satz 1 des Be-  
täubungsmittelgesetzes (BtMG)
- TOP 5 Geschäftsbericht der Gesundheitswirtschaft 2010 L-11-18
- TOP 6 Bericht über die VSMK, mündlicher Bericht
- TOP 7 Jahresbericht 2010 des Gesundheitsamtes Bremerhaven L-12-18
- TOP 8 Krankenhausinvestitionsprogramm 2011 L-9-18  
gem. § 9 Absatz 2 i. V. m. § 34 Absatz 3 Bremisches Kran-  
kenhausgesetz (BremKrhG)
- TOP 9 Verschiedenes

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
--------------	-------------------------------------	--

Frau Senatorin Jürgens-Pieper begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Näh als neu hinzugekommene Deputierte für die Fraktion Bündnis90 / Die Grünen; sie gratuliert Herrn Bensch und eröffnet die zweite Sitzung der Gesundheitsdeputation in der 18. Legislaturperiode.

Der Tagesordnungspunkt „Jahresbericht 2010 des Gesundheitsamtes Bremerhaven“ wird von der städtischen auf die staatliche Tagesordnung verschoben und wird TOP 7.

TOP 9 „Krankenhausinvestitionsprogramm 2011“ im nicht öffentlichen Teil wird neuer TOP 8 im öffentlichen Teil der Sitzung. TOP 8 „Verschiedenes“ wird TOP 9.

Die Tagesordnung wird mit den vorstehend genannten Änderungen einstimmig genehmigt.

<b>TOP 2</b>	<b>Kenntnisnahme des Protokolls der Sitzung vom 23.08.2011</b>	
--------------	--	--

Das Protokoll der Sitzung vom 23.08.2011 wird von der Deputation für Gesundheit einstimmig genehmigt.

<b>TOP 3</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes und der Bremischen Hafenordnung</b>  <b>sowie</b>  <b>Entwurf einer Bekanntmachung über die nach der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen zuständige Behörde</b>	<b>L-8-18</b>
--------------	--	---------------

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert die Vorlage und erklärt, dass sich die Behördenbezeichnung ‚Hafengesundheitsamt‘ durch die Ausweitung bzw. Veränderung der Aufgaben verändern wird. Frau Böschen bittet darüber nachzudenken, wie der Name Hafengesundheitsamt erhalten werden kann, erkundigt sich, ob über andere Räumlichkeiten nachgedacht wird und bittet darum, künftig genderrelevante Auswirkungen von Maßnahmen darzustellen. Herr Bensch begrüßt mit Hinweis auf den Rechnungsprüfungsbericht die Maßnahme. Frau Senatorin Jürgens-Pieper sagt einen weiteren Bericht zu, wenn klar ist, wie die räumliche Situation sich verändert.

**Beschluss:** einstimmig

Die Deputation für Gesundheit stimmt dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes und der Bremischen Hafenordnung sowie dem Entwurf einer Bekanntmachung über die nach der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen zuständige Behörde zu.

<b>TOP 4</b>	<b>Richtlinie über die staatliche Anerkennung von Einrichtungen gemäß §§ 35 Abs. 1 Satz 2, 36 Abs. 1 Satz 1 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG)</b>	<b>L-10-18</b>
--------------	---	----------------

Frau Stroth (SfBWuG) erklärt auf Nachfrage, dass die Ressorts Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit (Federführung), Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Senator für Inneres und Sport und Senator für Justiz und Verfassung sowie die nachgeordneten Behörden Gesundheitsamt Bremen, Gesundheitsamt Bremerhaven, Landesinstitut für Schule im Koordinierungsausschuss Drogen vertreten sind. Eine Auflistung der Einrichtungen, für die die Richtlinie künftig gilt, wird demnächst nachgereicht.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt die „Richtlinie über die staatliche Anerkennung von Einrichtungen gemäß §§ 35 Abs. 1 Satz 2, 36 Abs. 1 Satz 1 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG)“ zur Kenntnis.

<b>TOP 5</b>	<b>Geschäftsbericht der Gesundheitswirtschaft 2010</b>	<b>L-11-18</b>
--------------	--	----------------

Frau Senatorin Jürgens-Pieper begrüßt Frau Fafflock und Herrn Stührenberg und dankt ihnen für den Bericht. Der Bericht wird ausführlich erörtert.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den in der Vorlage dargestellten Geschäftsbericht der Aktivitäten der WFB im Schwerpunkt Gesundheitswirtschaft zur Kenntnis.

<b>TOP 6</b>	<b>Bericht über die VSMK, mündlicher Bericht</b>	
--------------	--	--

Frau Senatorin Jürgens-Pieper berichtet ausführlich über die Verbraucherschutzministerkonferenz. Es werde, auf eigenen Vorstoß hin, ein Ausschuss für die bundeseinheitliche Gesetzgebung für Kennzeichnungsfragen (Kontrollbarometer) unter Beteiligung der Länder und des Bundesministeriums eingerichtet. Aus Anlass der EHEC-Krise habe der Bund eine Task-Force eingerichtet, um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in diesem Bereich besser zu koordinieren. Weiterhin solle der finanzielle Verbraucherschutz (u.a. Preisangabenverordnung, Größe von Schriften, Angabe von Kilo-Preis-Verhältnissen) verbessert werden. Eine weitere Aussprache erfolgt nicht.

<b>TOP 7</b>	<b>Jahresbericht 2010 des Gesundheitsamtes Bremerhaven</b>	<b>L-12-18</b>
--------------	--	----------------

Frau Lückert erläutert den Bericht und beantwortet darauf bezogene Fragen der Deputierten. Frau Kappert-Gonter weist darauf hin, dass kompensatorische ambulante Versorgungen nicht nur in Bremerhaven fehlen; v.a. am Wochenende seien diese ein generelles Problem. Die Deputierten sind sich einig, das Thema „Ambulante Versorgungslücke“ in einer der nächsten Sitzungen aufzurufen.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit nimmt den Jahresbericht 2010 des Gesundheitsamtes Bremerhaven zur Kenntnis.

<b>TOP 8</b>	<b>Krankenhausinvestitionsprogramm 2011 gem. § 9 Absatz 2 i. V. m. § 34 Absatz 3 Bremisches Krankenhausgesetz (BremKrhG)</b>	<b>L-9-18</b>
--------------	--	---------------

Frau Senatorin Jürgens-Pieper erläutert die Vorlage ausführlich. Auf die Frage von Herrn Brumma erklärt Herr Buscher (SfBWG), dass es bundeseinheitliche Bewertungskriterien geben wird, Ergebnisse dazu werden Ende 2012 erwartet. Bis dahin werde es eine Übergangsregelung in Form einer Pauschale (ohne Gerechtigkeitsfaktor) geben. Herr Bensch bedankt sich für die gelungene Vorlage und erkundigt sich nach den Auswirkungen langer Förderzeiträume. Herr Dr. Guhl verweist auf bestehende Modelle. Frau Böschen weist darauf hin, dass bisher eine Einigung der Träger, aber noch keine politische Einigung vorliege.

**Beschluss:** 8 Stimmen dafür (SPD und Bündnis90/Die Grünen)  
bei 4 Enthaltungen (CDU und DIE LINKE)

1. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit stimmt der vorgesehene-n Mittelverwendung und dem Investitionsprogramm 2011 zu.

**Beschluss:** 8 Stimmen dafür (SPD und Bündnis90/Die Grünen)  
bei 3 Gegenstimmen (CDU) und 1 Enthaltung (DIE LINKE)

2. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit stimmt grundsätzlich zu, dass Mittel, die auf Grund von Verzögerungen des Mittelabflusses im laufenden Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden, zur vorzeitigen Tilgung anstehender Abfinanzierungsraten verwendet werden, insbesondere mit dem Ziel einer zeitgerechten Umstellung auf Investitionspauschalen.

**Beschluss:** einstimmig

3. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit bittet die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit nach Vorliegen der Bundesvorgaben zu den Bewertungsrelationen und Maßstäben um einen Bericht zur Umstellung auf Investiti-onspauschalen in Bremen.

**Beschluss:** 8 Stimmen dafür (SPD und Bündnis90/Die Grünen)  
bei 3 Gegenstimmen (CDU) und 1 Enthaltung (DIE LINKE)

4. Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit ermächtigt die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, im Wege des Verwaltungshandels die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen einschließlich der notwendigen Umschich-tungen zwischen den Haushalten von Land und Stadt Bremen zur Umsetzung des Investitionsprogramms 2011 zu schaffen.

<b>TOP 9</b>	<b>Verschiedenes</b>	
--------------	----------------------	--

Keine weitere Aussprache unter dem TOP Verschiedenes.

---

Senatorin

---

Sprecher

---

Protokollantin